



SEMINAR IM SOMMERSEMESTER 2020

ERSCHWERUNG JOURNALISTISCHER ARBEIT IST DIE PRESSEFREIHEIT IN GEFAHR?

Journalist:innen stehen bei ihrer Arbeit einer Vielzahl von Problemen gegenüber. Auf der einen Seite möchten sie Bürger:innen über aktuelle und relevante Themen informieren oder Missstände aufdecken, um dadurch ihren Teil zu einer lebendigen Demokratie beizutragen. Auf der anderen Seite ergeben sich dabei für sie rechtliche und tatsächliche Hürden, die für sie nur schwer zu überwinden sind. Sind Journalist:innen bei ihrer Tätigkeit oder ist der Journalismus insgesamt besser zu schützen oder sind die rechtlichen und tatsächlichen Hürden gerechtfertigt? Diesen Fragen möchten wir mit Ihnen mit den folgenden Themenvorschlägen zusammen nachgehen.

Sicherheitsbehörden und Journalist:innen

1. Investigativer Journalismus und staatliche Überwachungsmaßnahmen: ein Spannungsverhältnis?
2. Vorratsdatenspeicherung: Bekämpfung von Hassrede oder Einschränkung der Pressefreiheit?
3. Grenzen strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen Journalisten
4. Journalistische Arbeit oder schon Spionage? Eine Abgrenzung anhand strafrechtlicher Spionagetatbestände

Private und Journalist:innen

5. Zivil- und medienrechtlicher Schutz gegenüber Falschinformationen und rufschädigenden Äußerungen über Journalist:innen
6. Zivil- und medienrechtlicher Schutz vor sog. Doxxing
7. Lahmlegung der Presse durch Überziehung mit kostenintensiven Klagen und Abmahnschreiben: Wie kann die Arbeit der Presse sichergestellt werden?
8. Präventive Anwaltsschreiben – Zulässiges Mittel zur Verhinderung kritischer Berichterstattung?
9. Pressefreiheit und wirtschaftliche Interessen – zum Verhältnis zwischen Journalisten und Verlegern

Schutz von Journalist:innen und Whistleblowern

10. Schutz von Whistleblowern nach deutschem Recht
11. „Nationale Sicherheit“ und Whistleblower: Gibt es Pflichten von Whistleblowern?
12. Wie schützt der Rechtsstaat Journalist:innen vor Gewalt und Bedrohung? – Eine Analyse der derzeitigen Rechtslage
13. Auskunftssperren beim Einwohnermeldeamt für Journalist:innen und Neuregelung der Impressumspflicht – Taugliche Mittel zur Verbesserung des Schutz von Journalist:innen?
14. Urheberrecht als Grenze investigativer Berichterstattung?

Staat und Journalismus

15. Die Bundesregierung im Internet: Grenzen staatlich finanzierter Öffentlichkeitsarbeit
16. Rechtliche Dimensionen der News-Rooms von Parteien und Fraktionen
17. Rechtslage der Informations- und Auskunftsansprüche der Presse gegenüber dem Staat: Können sich Staatsorgane der Presse entziehen?
18. Pressefreiheit und Handlungspflichten des Gesetzgebers zur Ausweitung des IFG/PresseG

Allgemeine Erwägungen zur journalistischen Arbeit

19. Transparenz als Allheilmittel oder Alptraum

Das Seminar richtet sich an **Studierende des Schwerpunktbereichs Information und Kommunikation** sowie darüber hinaus an **alle interessierte Studierende, Promovierende, Mitarbeiter:innen**.

Mit Blick auf die aktuelle Situation möchten wir Sie zudem darauf hinweisen, dass wir Ihnen mit der **Literaturrecherche unterstützend zur Seite** stehen werden und der eingeschränkte Zugang zur Literatur kein Grund sein sollte, der Sie von einer Teilnahme an diesem Seminar abhalten sollte.

Eine **Vorbesprechung** findet am **11. Mai 2020 um 18:00 s.t. digital auf Zoom** unter diesem [Link](#) (Meeting-ID: 968-7630-2958; Passwort: 825385) statt.

ANMELDUNG UNTER
judith.legies@uni-hamburg.de